



Grüne Jugend Bayern

Landesgeschäftsstelle
Sendlinger Straße 47
80331 München
fon: 089- 211597- 20
fax: 089- 211597- 24
www.gj- bayern.de
vorstand@gj- bayern.de
buero@gj- bayern.de

Eine nachhaltige Entwicklung arbeitet darauf hin eine intakte Natur und Umwelt mit der Sicherheit der Grundbedürfnisse einer gerechten und stabilen Gesellschaft auf Dauer zu vereinen.

Der Verantwortung für künftige Generationen gerecht zu werden, ohne die Bedürfnisse der heutigen Generation zu vernachlässigen – das ist die zentrale Herausforderung der Politik und Gesellschaft zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Fantasie und Kreativität sind gefragt, wenn es darum geht, neue Wege zu finden, um dieses Ziel zu erreichen.

In der Nachhaltigkeitsidee liegt ein immenses Innovationspotenzial für Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft, das es zu erschließen gilt. Für uns, die GRÜNE JUGEND Bayern, ist daher Nachhaltigkeit ein Aspekt, der in allen politischen und gesellschaftlichen Bereichen umgesetzt werden muss.

Der grundlegende Gedanke der Nachhaltigkeit, ökologische, ökonomische und sozio-kulturelle Aspekte in Einklang für die Gegenwart und die Zukunft zu bringen, ist in den Köpfen unserer wirtschaftlichen und politischen Eliten noch nicht angekommen. Der Begriff wird zwar gebraucht – oft inflationär – doch nur um gerade einmal mittelfristige Überlegungen zu beschreiben. Für die GRÜNE JUGEND Bayern steht Nachhaltigkeit jedoch für Politik, die von jetzt an und für immer Ökonomie, Ökologie und Gesellschaft zusammen bringt.

Nachhaltiges Wirken drückt sich nicht in einer einzelnen Handlung sondern in einem zusammenhängenden komplexen Handlungssystem aus, das alle Politikbereiche berührt. Besondere Aufmerksamkeit gilt vor allem den Bereichen der Ökologie, der Re-Urbanisierung und des Verkehrs, der Ökonomie sowie der Entwicklungspolitik, Bildung und der Generationengerechtigkeit.

Nachhaltigkeit darf nicht auf einzelne Aspekte beschränkt bleiben, weshalb wir in allen gesellschaftlichen Teilbereichen in die Tiefe gehen müssen. Vor allem muss global gedacht und lokal gehandelt werden, damit die Symptome der globalisierten Welt nicht nur oberflächlich behandelt werden, sondern die heutigen und zukünftigen Probleme fundiert gelöst werden können.

Ökologie, Re-Urbanisierung und Verkehr

Grundsätzliche Forderung der GRÜNEN JUGEND Bayern ist die Vergabe von Subventionsmitteln an die Landwirtschaft ausschließlich nach streng

ökologischen Kriterien und eine Abschaffung der Subventionierung der konventionellen Landwirtschaft. Wir fordern ebenfalls die Streichung aller Exportsubventionen, da diese im Welthandel ein Ungleichgewicht zum Nachteil der Entwicklungsländer mit sich bringen.

Um die BäuerInnen und insbesondere die Agrarindustrie darüber hinaus an den durch sie verursachten Umweltschäden finanziell zu beteiligen, treten wir unter anderem für eine Stickstoffabgabe ein. So können die Kosten der Wasseraufbereitung, die durch die Verwendung von Nitratdünger (Stickstoffdünger) entstehen, auf die Verursacher umgelegt werden.

Maßstab junggrüner Verkehrspolitik dürfen nicht Höchstgeschwindigkeiten auf prestigeträchtigen Vorzeigestrecken sein, sondern die Optimierung des Gesamtverkehrsnetzes im Hinblick auf die Mobilität von Haustür zu Haustür. Mit einer Verbesserung der Anschlüsse oder einem kostengünstigen Ausbau des Regionalverkehrs ist mehr Menschen gedient als mit sinnlosen Investitionen in Bonzenschleudern.

Die Grüne Jugend Bayern erkennt das Recht auf Mobilität an. Um aber den motorisierten Individualverkehr in den Städten zu reduzieren, setzen wir uns für ein kostenfreies innerstädtisches öffentliches Verkehrsnetz ein.

Die GRÜNE JUGEND Bayern respektiert das Wahlprogramm der GRÜNEN zur Bundestagswahl 2005. Deshalb setzen wir uns dafür ein, Ausnahmeregelungen der Ökosteuern abzubauen und angemessene, einheitliche EU-Steuersätze auf Energie und Ressourcen zu erheben, um eine Weiterentwicklung der ökologischen Steuerreform zu ermöglichen. Darüber hinaus fordert die GRÜNE JUGEND Bayern bis zum 23.5.2021 das weltweite Verbot aller fossil betriebenen Fortbewegungsmittel.

Zudem ist Deutschland durch Straßen hinreichend erschlossen. Deshalb fordern wir die sofortige Aufgabe aller anstehenden Straßenbauprojekte.

Nicht verschweigen darf mensch auch, dass Bayern das Bundesland mit dem größten Flächenfraß ist. Neben den ökologischen Folgen dieses Missstandes zieht dies auch schwerwiegende sozial und strukturpolitisch negative Entwicklungen nach sich. Wir fordern deshalb eine umfassende Reform der Gewerbesteuer, da die derzeitigen Regelungen zu einem unsinnigen Wettbewerb zwischen einzelnen Gemeinden um die Ansiedlung von Betrieben und damit zu Dumpingpreisen bei Gewerbebauland führt – von der damit verbundenen Zerstörung von Ökosystemen gar nicht zu reden. Auch im Wohnsektor sehen wir Handlungsbedarf. Gerade im Hinblick auf die zukünftige demographische Entwicklung brauchen wir in vielen Regionen keine Neubauprojekte mehr. Stattdessen muss ein forciertes Brachflächenrecycling gefördert werden. Altbautensanierung und Renaturierung von Flächen müssen diese Zielsetzung ergänzen.

Um unnötigen Verkehr zu vermeiden, wollen wir verkehrserzeugende Steuervergünstigungen abbauen. Die Entfernungspauschale in der heutigen Form ist sozial und ökologisch ungerecht: Wer viel verdient (und weit pendelt), kann mehr Steuern sparen als Beschäftigte mit kleinen Einkommen. Wir wollen die Entfernungspauschale ersetzen zugunsten eines

entfernungsunabhängigen Mobilitätsgeldes für Einkommensschwache.

Wirtschaft

Wirtschaft ist weder zu verteufeln noch zu vergöttern. Sie ist Teil unserer Gesellschaft und sollte als dieser anerkannt und akzeptiert sein. Aus diesem Grunde muss sie ihre gesellschaftliche Verpflichtung wahrnehmen.

Wirtschaften zielt in erster Linie auf die Befriedigung der Bedürfnisse der Gesellschaft ab und muss deshalb in deren Dienste stehen. Da die Marktmechanismen jedoch tendenziell dazu neigen, Ungleichheiten hervorzubringen, muss an dieser Stelle der Staat durch Umverteilung für stabile soziale Verhältnisse sorgen. Um auch von öffentlicher Seite nachhaltige Entwicklung zu unterstützen, sollen sich öffentliche Einrichtungen bei der Vergabe von Aufträgen an Nachhaltigkeits-Ratings orientieren.

Auf internationaler Ebene beeinträchtigt das enorme Volumen von Devisenspekulationen nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung. Deshalb tritt die GRÜNE JUGEND Bayern für die Einführung einer Devisentransaktionssteuer nach dem Modell der Tobin Tax ein.

Als Ziel nachhaltigen Wirtschaftens sehen wir das Modell der Kreislaufwirtschaft. Mit ihr kann die Ausbeutung endlicher Ressourcen durch innovative Wiederverwertungsmethoden ersetzt werden. Durch die Einbeziehung der externen Effekte des Verbrauchs dieser Ressourcen wird ein Anreizmechanismus geschaffen, um die Entwicklung ressourcenneutraler Produkte voranzutreiben und die Umwelt zu schonen.

Zukunft der Arbeitsgesellschaft

Seit Jahrhunderten führt die Steigerung der Produktivität dazu, dass Menschen zur Herstellung von Waren und Dienstleistungen immer weniger Zeit brauchen. Arbeit wird knapper. In einer nachhaltigen Gesellschaft kann Wohlstand und gesellschaftliche Teilhabe nicht mehr allein durch Erwerbsarbeit verteilt werden. Gesellschaftliches, kulturelles und politisches Leben der Menschen über die Arbeit zu definieren ist nicht mehr zeitgemäß, denn Vollbeschäftigung wird es nie mehr geben. Auch „unproduktive“ Arbeit (Kindererziehung, Ehrenämter) ist wertvoll und muss gesellschaftlich voll anerkannt werden. Welche Formen persönlicher Selbstentfaltung aber „nützlich“ sind und welche nicht, ist keine Frage, die Staat und Politik sich anmaßen dürfen, zu beantworten. Wir fordern daher ein voraussetzungsloses Grundeinkommen in Form einer negativen Einkommensteuer.

Entwicklungspolitik

Durch die weltweite Vernetzung kann globale Nachhaltigkeit nicht in nationalen Grenzen gesehen werden. Deshalb tragen wir auch Verantwortung dafür, anderen Ländern diese nachhaltige Entwicklung zu ermöglichen. Ein erster Schritt dahin ist die Erfüllung der Millennium Development Goals und der Verpflichtungen aus der Millennium Erklärung, z.B. die Aufstockung der

Entwicklungshilfe auf 0,7% des Bruttoinlandsprodukts. Dass Entwicklungszusammenarbeit auf gleicher Augenhöhe und entsprechend der Bedürfnisse der Partnerländer geleistet werden muss, ist für uns eine Selbstverständlichkeit. Dazu zählt für uns vor allem Hilfe zur Selbsthilfe, die unter anderem die Teilhabe an politischen Prozessen durch Bildung ermöglicht. Diese muss für alle kostenlos und frei zugänglich sein und ganzheitliches und vernetztes Denken vermitteln.

In unseren Augen ist eine gute und nachhaltige Entwicklungspolitik auch immer die beste Sicherheits- und Anti-Terror-Politik, da Kriege zumeist auf ungleichen Lebensbedingungen und immer knapper werdenden Ressourcen basieren. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert deshalb eine radikale Wende in der Friedens- und Sicherheitspolitik, hin zu präventiver Konfliktlösung, internationaler Gerechtigkeit und Frieden.

Bildung

Bildung ist und bleibt die Basis unserer gesellschaftlichen Weiterentwicklung in allen Bereichen. Jegliche Vernachlässigung in der Bildung einer Generation tritt später umso tragischer ans Licht. Jeder Mensch hat ein verfassungsmäßiges Recht auf Bildung, das heißt für uns auch ein Recht auf chancengleichen Zugang zu allen Bildungszweigen. Faktisch ist dies jedoch nicht gewährleistet. Die frühe Aussortierung in der Grundschule nach Kriterien subjektiver Wahrnehmung und elterlichen Hintergrund in einem Stadium der kindlichen Entwicklung, wo noch alles passieren kann, verschließt vielen Kinder Möglichkeiten der Entfaltung. Deshalb haben wir ein Modell zu unserer Traumschule erarbeitet, die genau dieser negativen Entwicklung entgegenwirkt.

Wir von der GRÜNEN JUGEND Bayern fordern eine zukunftsfähige, nachhaltige und sozial gerechte Bildung! Wir wollen weg vom mehrgliedrigen Schulsystem, das Kinder schon in frühen Jahren negativ prägt und auf soziale Unterschiede hin konditioniert. Darum fordern wir eine Schule mit dualem Abschlusssystem, wobei das Ziel der schulischen Ausbildung die allgemeine Hochschulreife sein soll; jedoch soll die Möglichkeit bestehen, bereits nach der 10. Klasse die Schule mit der Mittleren Reife zu verlassen.

In Bayern werden Kinder aus Arbeiterhaushalten gegenüber Akademikerkindern stark benachteiligt. Ein Akademikerkind hat eine zehnmal größere Chance aufs Gymnasium zu kommen als ein Facharbeiterkind. Das können wir so nicht akzeptieren!

Wir fordern deshalb den Ersatz des selektiven und ungerechten bayerischen Schulsystems durch unser fortschrittliches und innovatives Schulmodell. Wir setzen hier auf Gleichberechtigung aller sozialen Schichten! Existentieller Bestandteil dabei ist die Abschaffung jeglicher finanzieller Belastung im Bildungsbereich, wie zum Beispiel Büchergeld, Kopiergeld etc.

Dieser sozialen Selektion kann mensch auch dadurch entgegenwirken, dass den SchülerInnen die Möglichkeit geboten wird, die Hausaufgaben, anstatt in Heimarbeit mit den Eltern, auch in der Schule mit Hilfe von PädagogInnen zu erledigen. Der Schultag soll um 8 Uhr beginnen und um 16 Uhr enden; in dieser Zeit sollen auch differenzierte Freizeitmöglichkeiten,

Interessensgruppen und Projektarbeit stattfinden. Auf diese Art und Weise entsteht eine vielseitige Schulgemeinschaft, die die freie Entfaltung jeder Persönlichkeit für sich ermöglicht.

Wir wollen weg vom Frontalunterricht, der die SchülerInnen beim Lernen einschränkt und sich nicht ihrem individuellen Lernrhythmus anpasst, sondern alle über einen Kamm schert. Unsere Alternative ist das freie Erarbeiten des Stoffes nach dem Motto „learning by doing“. Hierbei darf keine Unterteilung in Klassen nach Leistung stattfinden, viel mehr muss sich jedeR das vorgegebene Wochenpensum selbst aneignen. Die Grundfähigkeiten Konzentration, Eigenverantwortung, Teamgeist, Motivation, Leistungsbereitschaft usw. sollen gefördert werden. Bereits im Kindergarten müssen die Grundsteine für diese Fertigkeiten gelegt werden, Kindergärten müssen daher konzeptionell in die Schulen überleiten. Andererseits darf auch das gemeinschaftliche Arbeiten nicht vernachlässigt werden. Sowohl Leistungsschwache, als auch Leistungsstärkere können in heterogenen Lerngruppen voneinander profitieren. Auf Schulebene soll dies durch ein ausgefeiltes Betreuungssystem für jüngere SchülerInnen durch Ältere geschehen.

Generell sollen die SchülerInnen unter deutlich geringerem Leistungsdruck stehen, was durch Leistungsabfragen in Form von Projekten und Hausarbeiten erreicht werden kann. Eine Bewertung in Kunst, Sport und Musik wird nur auf Wunsch ausgestellt. Abfragen sollen mit differenzierten Beurteilungen statt pauschaler Noten bewertet werden, damit der/die SchülerIn eigene Stärken und Schwächen selber erkennt. Zusammenfassend wird damit Sitzenbleiben abgeschafft!

Es wird nicht mehr kurzfristig für Tests auswendig, sondern nachhaltig gelernt. Erst ab der 8. Klasse werden die SchülerInnen auf Stress- und Drucksituationen vorbereitet, indem außerplanmäßige Extraaufgaben oder Projekte spontan gestellt werden. Das Abschlusszeugnis selbst wird ebenfalls mit individuellen Bemerkungen anstelle von Noten ausgestellt, denn es mag für ArbeitgeberInnen oft leichter sein, Einzustellende nach indifferenten Noten zu beurteilen, objektiv ist es deshalb noch lange nicht.

Es ist nicht die Aufgabe des Bildungssystems, der Wirtschaft zuzuarbeiten, sondern vielmehr Kompetenzen und eine umfassende Allgemeinbildung zu vermitteln. Vielmehr kann die Schule die Wirtschaft beeinflussen. ArbeitgeberInnen haben keine Wahl, außer solche SchülerInnen zu übernehmen, die eben aus diesem neuen Schulsystem kommen. Wir fordern einen sofortigen Paradigmenwechsel: Nicht die Wirtschaft soll über Bildung, sondern die Schule über Wirtschaft bestimmen!

Der bisher konfessionell gebundene Religionsunterricht an staatlichen Schulen muss zwingend abgeschafft werden. Er soll durch einen unabhängigen, werteneutralen Ethik- und Philosophieunterricht ersetzt werden. Zusätzlich muss mehr Wert auf Sozial- und Gemeinschaftskunde sowie Sexual- und Drogenaufklärung gelegt werden. Außerdem erachten wir die Einführung des Fachbereichs Medienkompetenz für sinnvoll.

Um dieses neue Schulmodell realisieren zu können, müssen zukünftige LehrerInnen zu fähigen PädagogInnen ausgebildet werden. Sie sollen im

Unterricht als ModeratorInnen auftreten, die potentielle Probleme rechtzeitig erkennen und bei der Lösung den SchülerInnen zur Seite stehen. Daraus resultiert, dass Lehrkräfte umfangreicher evaluiert werden sollen, damit eine Verbesserung der Lehre zwingend eintritt.

Im Allgemeinen muss der Schulalltag demokratischer gestaltet werden, was beispielsweise mit Schulvollversammlungen und anderen demokratischen Gremien/Organen an der Schule erreicht werden kann. Mehr Kompetenzen und Eigenverantwortung müssen in die Hände der Schulen gelegt werden. So sollte diesen ein größeres Maß an Freiheit in Bezug auf Lehrplangestaltung, Personalauswahl und Finanzen zugestanden werden.

Wir dürfen nicht außer Acht lassen, dass Bildung und Chancengleichheit nicht erst in der 1.Klasse beginnen und nicht mit einem Schulabschluss enden. Deshalb verlangen wir, dass jedes Kind von Geburt an einen Anspruch auf einen Kindertagesstätten bzw. Kindergartenplatz hat. Des Weiteren stehen wir einer Einführung von Studiengebühren nicht nur kritisch gegenüber, sondern lehnen sie grundsätzlich ab, da sie genau diese Ausgrenzung fördert, der wir entgegenstehen. Der finanzielle Hintergrund einer SchülerIn darf unter keinen Umständen über ihre Bildungschancen entscheiden.

Generationengerechtigkeit

Eine Generation kann mensch unserer Ansicht nach unter verschiedenen Aspekten betrachten: streng chronologisch, als Gruppen einer bestimmten sozialen Prägung, wie z.B. die 68er oder die „Generation Golf“ und schlicht familiär. Im Zusammenhang mit Nachhaltigkeit wird im Folgenden die erste Variante verwendet. Jede Generation hat ähnliche Grundbedürfnisse, wie Sicherheit, physische und psychische Freiheit und einen angemessenen Lebensstandard. Um das Verhältnis der Generationen zueinander gerecht zu gestalten, müssen die Grundbedürfnisse jeder Generation anerkannt und gesichert werden. Um dies auch in ökonomischer Hinsicht zu gewährleisten sind nach Ansicht der GRÜNEN JUGEND Bayern die Aspekte Staatsverschuldung und Renten besonders zu berücksichtigen.

Die derzeitige jährliche Neuverschuldung hat ein unverantwortliches Niveau erreicht. Ferner ist sie intransparent, ineffektiv und sozial ungerecht. Intransparent sind Schulden, weil sie für den einzelnen Bürger nicht mehr nachvollziehbar sind indem sie Probleme kaum kalkulierbar in die Zukunft verschiebt. Sie sind zum Teil ineffektiv, da die Erträge, welche diese schuldenfinanzierten Projekte abwerfen in keinem Verhältnis zu den eingesetzten Mitteln stehen. Wir kritisieren jene, die meinen, dass die im Vergleich zum Bruttoinlandsprodukt stetig wachsende Staatsverschuldung in der Bundesrepublik unproblematisch sei. Die Überzeugung, dass der Schuldenberg durch Forderungen gegenüber dem Staat z.B. in Form von Bundesschatzbriefen ausgeglichen wird, ist nicht zu halten. Forderungen erben hauptsächlich Kinder gutverdienender Eltern, während die Verpflichtungen auf die Gesamtgesellschaft zurückfallen. Derartige Politik zwingt künftigen Generationen ein gravierendes Verteilungsproblem auf.

Verfassungswidrig ist ein Haushalt dann, wenn die Neuverschuldung die Investitionen übersteigt. Obwohl wir dieses Prinzip unterstützen, setzen wir uns für eine neue Definition des Investitionsbegriffes ein. So sind momentan Ausgaben für LehrerInnen oder für ökologische Projekte juristisch keine Investitionen, was dazu führt, dass oft in diesen Bereichen gespart wird. Um zu verhindern, dass die Ausweitung des Investitionsbegriffes als Entschuldigung für Schuldenhaushalte missbraucht wird, befürworten wir einen Abschlag der Neuverschuldung gegenüber den Investitionen. Dies würde die Finanzierung unsinniger Projekte hemmen. Der Artikel 109 GG, der eigentlich verfassungswidrige Haushalte legitimiert, wenn eine „Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts“ vorliegt, ist viel zu oft missbraucht worden. Wir setzen uns daher dafür ein, dass die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts nicht mehr durch die Bundesregierung, sondern durch eine unabhängige Institution, wie z.B. die Bundesbank oder den Sachverständigenrat, festgestellt wird.

In der Rentenpolitik fordern wir ein würdiges Rentenniveau und ein Festhalten an dem Ziel der Beitragsstabilität auf niedrigem Niveau. Dies wollen wir durch die Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze bei gleichzeitiger Einführung einer Höchstrente auf hohem Niveau erreichen.

Mit dieser Steigerung der Einnahmen bei simultaner Beschränkung der Ausgaben kann der Bundeszuschuss nachhaltig gesenkt und damit Spielräume für

Beitragssatzverminderungen geschaffen werden. Auf lange Sicht muss jedoch auch darüber nachgedacht werden wie durch eine grundlegende Reform des Steuer- und Sozialsystems auch die oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze liegenden Einkommen verstärkt zur Finanzierung der Staatsaufgaben und Sozialversicherung herangezogen werden können, um der immer weiter aufgehenden Schere zwischen Arm und Reich konsequent etwas entgegen zu setzen.

Um die Diskussion zum Thema Nachhaltigkeit in Deutschland weiter voranzutreiben, begrüßen wir die parlamentarische, interfraktionelle Initiative, die Vorschläge zu einer Änderung des Grundgesetzes ausgearbeitet hat, welche den Staat auf das Prinzip der Nachhaltigkeit verpflichten soll.

Damit die Artikulation der Interessen künftiger Generation gewährleistet wird, fordern wir die Aufwertung des parlamentarischen Beirates für Nachhaltigkeit mit den Mitteln der Anhörungspflicht, dem Vorschlagsrecht und dem suspensiven Vetorecht des Beirates, sowie die Herabsetzung des Wahlalters auf 0 Jahre zur Stärkung der Interessen junger Menschen im Parlament.“